



Stoibers Pleiten, Pech und Pannen

Das Versagen der CSU-Staatsregierung in
der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik

I. Ausgewählte staatliche Unternehmen,
Unternehmen mit staatlicher Beteiligung
oder staatlichem Engagement in Bayern

- HypoVereinsbank (HVB)
- E.ON AG (früher Beteiligung an Bayernwerk, dann VIAG)
- Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern GmbH (LWS)
- Kirchgruppe
- Grundig AG
- Neue Maxhütte (NMH) Stahlwerke GmbH (früher Maxhütte)
- Schneider Technologies AG
- EADS (früher MBB, dann DASA)
- Fairchild Dornier AeroIndustries GmbH (Neustart von Fairchild Dornier)

II. Weitere staatliche Unternehmungen und Projekte

- Bayerisches Zentrum für Ost-West- Managementtraining
- Initiative BayernOnline
- Operationelles Programm zur Förderung der Telematik im ländlichen Raum Bayerns („top elf“)

Ergänzte Auflage

Juli 2005

Kontakt:

Harald Zeidler

Parlamentarischer Berater

Haushalts- und Finanzpolitik

Tel.: 089 4126 2350

Fax: 089 4126 1266

harald.zeidler@bayernspd-landtag.de



Stoibers Pleiten, Pech und Pannen

Versagen der CSU-Staatsregierung
in der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik

Bewertung der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik der Staatsregierung

- Von neun Unternehmen (HypoVereinsbank, E.ON/VIAG/Bayernwerk, LWS, Kirchgruppe, Grundig AG, Maxhütte/Neue Maxhütte, Schneider Technologies, EADS (früher MBB bzw. DASA) Fairchild Dornier) mit staatlicher Beteiligung bzw. staatlichem Engagement sind
 - sechs de facto pleite, bzw. in Teilen verkauft,
 - eins aktuell in erheblichen ökonomischen Schwierigkeiten, die Übernahme steht an (HVB),
 - in zwei Fällen wurden die staatlichen Beteiligungen ganz oder teilweise privatisiert und sind aufgegangen in florierende Unternehmen, bei denen die Staatsregierung allerdings durch den Verkauf bzw. Teilverkauf keinen Einfluss mehr auf die Unternehmenspolitik hat (E.ON und EADS).
- Überall dort, wo die Staatsregierung Einfluss auf die Unternehmenspolitik nimmt, gibt's ein Debakel.
- Vor diesem Hintergrund erscheint die Privatisierung von staatlichen Unternehmen in einem ganz neuen Licht: Das scheint bei den ökonomischen Akteuren der Staatsregierung geradezu die Voraussetzung dafür zu sein, dass Unternehmen am Markt bleiben.

Die operative Unfähigkeit der Staatsregierung wird darüber hinaus durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof belegt, der in mehreren Jahresberichten drei staatliche bzw. mit Haushaltsmitteln geförderte Unternehmungen bzw. Projekte (Bayerisches Zentrum für Ost-West-Managementtraining, Initiative BayernOnline, „top elf“) genauer unter die Lupe nahm. Die Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen:

- Über 200 Millionen Euro wurden in den Sand gesetzt.
- Am Ende stand wieder eine Pleite sowie völlig mangelhafte Zielerreichung, ein erschreckendes Ausmaß an Schlamperei und grandiose Unprofessionalität.

Folgerungen

- Stoiber, Wiesheu, Huber und Falthäuser lassen besser die Finger von Unternehmenspolitik.
- Besser wäre es, wenn sich die Staatsregierung mit einem wachstumsorientierten Haushalt um die Standort- und Rahmenbedingungen in Bayern kümmert.
- Diese bayerische Staatsregierung soll Standortpolitik betreiben, regionale Strukturpolitik und industriepolitische Leitbilder entwickeln. Aber keine Unternehmenspolitik machen. Das geht in der Regel in die Hose!

I. Ausgewählte staatliche Unternehmen, Unternehmen mit staatlicher Beteiligung oder staatlichem Engagement in Bayern

HypoVereinsbank (HVB) und die Auswirkungen auf Landes- und Forschungsstiftung

Status	<ul style="list-style-type: none"> • Geplante Übernahme durch Unicredit • Zustimmung jeweils noch durch die Hauptversammlungen erforderlich • Unicredit bietet für eine HVB-Aktie fünf Aktien
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • 1998 übernahm die Vereinsbank die schwächelnde Hypotheken- und Wechsel-Bank • Der „Economist“ damals: „Der Zusammenschluss macht aus zwei ineffizienten Banken einen ineffizienten Giganten.“
Staatliche Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • Indirekt über die Bayerische Landes- und die Bayerische Forschungsstiftung. Vorsitzender des Stiftungsrates ist jeweils MP Stoiber • Die Beteiligungen beider Stiftungen betragen zusammen rund 3,8%
Weiteres Staatliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Die Fusion von Hypobank und Vereinsbank ging steuerfrei über die Bühne und wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit dadurch erst möglich • Der Freistaat verzichtete auf rund 2,5 Milliarden Euro Steuern, wie die Abendzeitung schreibt, „ein genialer Trick...“, den Stoiber mit seinem Wirtschaftsminister Wiesheu und dem damaligen Finanzminister Huber verabredet hatte.“
Zitate	<ul style="list-style-type: none"> • „Chefeinfädler“ MP Stoiber zur Fusion der Vereins- mit der Hypobank: „<i>Entscheidend ist, dass in München eine Superregionalbank entsteht, die gleichzeitig Europas größter Immobilienfinanzierer ist.</i>“ • Finanzminister Faltlhauser in einem Schreiben an den SPD-Abgeordneten Dr. Kaiser am 3.9.1997: „<i>Für mich ist es unverständlich, daß Sie als bayerischer Abgeordneter die geplante Bankenfusion, die den bayerischen und damit den Münchner Finanz- und Bankenplatz stärkt, negativ sehen.</i>“
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Totales Abtauchen von MP Stoiber in der gegenwärtigen Krise, keine öffentlichen Reaktionen • Die Krise ist auch eine Folge der Fusion in Jahr 1998 und insbesondere der erheblichen Immobilienaltlasten beider Banken • Die Übernahme durch Unicredit ist der Beweis des Scheiterns der von MP Stoiber tatkräftig unterstützten Fusion des Jahres 1998
Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> • Erheblicher Wertverlust in Höhe von mehreren 100 Millionen

auf Landes- und Forschungsstiftung	<p>Euro des Stiftungskapitals von Landesstiftung und Forschungsstiftung durch die einseitige Anlagestrategie in HVB-Aktien</p> <ul style="list-style-type: none">• Am 30.6.2000 beantragt der SPD-Abgeordnete Werner Schieder im Stiftungsrat der Landesstiftung, alle HVB-Aktien zu verkaufen und stattdessen festverzinsliche Papiere zu erwerben• Damals war die Rendite des Stiftungsvermögens bereits auf 1,29% gesunken, festverzinsliche Papiere dagegen hatten rund 5% Rendite• Teilweise gab es danach überhaupt keine Ausschüttungen für die Stiftungen mehr• Als sich die Landesstiftung im Spätherbst 2000 endlich entschließt, das Stiftungskapital zu diversifizieren, sinkt der Kurs der HVB-Aktien bereits und es wird nur ein minimaler Teil der HVB-Aktien verkauft
------------------------------------	--

E.ON AG (früher Beteiligung an Bayernwerk, dann VIAG)

Status	<p>Einer der weltweit führenden Energiedienstleister mit Sitz in Düsseldorf. Die E.ON AG ist eine Holding mit 100% Beteiligung an der</p> <ul style="list-style-type: none"> • E.ON Energie AG (München) • E.ON Ruhrgas (Essen) • Powergen UK (London) • LG&E Energy LPC (Luisville, Kentucky) • Sie hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Sydkraft AB (Malmö)
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Entstand im Jahr 2000 aus der VEBA und der VIAG, an der Bayern mit rund 25 % beteiligt war • 1994 wurde das Bayernwerk, das zu 60 % Eigentum des Freistaats war, an die VIAG verkauft • Insgesamt erlöste der Freistaat für den Bayernwerk-VIAG-E.ON-Deal über 3,2 Milliarden Euro
Staatliche Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • 4,9% an E.ON • Im aktuellen Doppelhaushalt ist ein teilweiser Verkauf der 4,9% mit einem Erlös von über einer Milliarde Euro vorgesehen.
Zitate	<p>Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, in einer Pressemitteilung am 27.9.1999: <i>„Die Fusion VIAG und VEBA ist ein weiteres Kapitel bayerischer Standortpolitik...Das galt schon für den Verkauf der Anteile am Bayernwerk und der damit verbundenen Verlagerung des Firmensitzes der VIAG nach München.“</i></p>
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • E.ON hat seinen Firmensitz in Düsseldorf, nicht in München • VIAG Interkom wurde von E.ON an die British Telecom verkauft und ist jetzt O2

Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern GmbH (LWS)

Status	<p>Die staatsnahe LWS war de facto pleite.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Daraufhin wurde am 13.12.2000 die Bayerische Landesbank alleiniger Eigentümer. Sie übernahm die 58,5% der LfA-Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH • Die Eingliederung in den Landesbankkonzern erfolgte über eine Verschmelzung mit der Deutschen Kreditbank AG (DBK) mit Sitz in Berlin, einer 100% Tochter der Landesbank
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Bereits desolater Zustand der LWS vor 1990. Schon 1988 schlug der ORH Alarm • Zu Beginn der 90er Jahre forcierte der damalige Innenminister Stoiber den Einstieg der LWS ins risikoreiche Bauträgergeschäft • Im Juli 1999 wurde der dreistellige Millionenverlust bekannt, insgesamt über 250 Millionen Euro • 1999 warf MP Stoiber den Aufsichtsratsvorsitzenden der LWS, Justizminister Sauter, aus dem Kabinett
Staatliche Beteiligung	<p>Indirekt über die Landesbank, die zu 100% Eigentümerin ist und selbst wiederum je zur Hälfte dem Freistaat Bayern und der Sparkassenorganisation gehört.</p>
Zitate	<p>Der damalige Innenminister Stoiber, der für den Einstieg der LWS ins Bauträgergeschäft plädierte, zum damaligen Finanzminister von Waldenfels, der genau davor warnte, in einem Brief: <i>“Die strukturellen Probleme der LWS sind teils schon gelöst und teils auf dem Weg der Lösung.“</i></p>
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Der damalige Innenminister Stoiber hatte die Weichen für eine Geschäftspolitik der LWS gestellt, an deren Ende mit über 250 Millionen Euro Verlust die de facto Pleite der LWS und der Verkauf der Gesellschaft standen • Ministerielles „Bauernopfer“ war aber der Aufsichtsratsvorsitzende der LWS, Justizminister Sauter

Kirchgruppe

Status	<p>Die Kirchgruppe ging nahezu vollständig in Insolvenz. Sie ist im Frühjahr 2002 wie ein Kartenhaus zusammengebrochen</p> <ul style="list-style-type: none"> • 8.4.2002 Insolvenzantrag für KirchMedia, ProSiebenSat.1 und den Rechtehandel • 8.5.2002 Insolvenzantrag von KirchPayTV • 12.6.2002 Insolvenzantrag der TaurusHolding und der Kirchbeteiligungen • Sportrechtehandel, Premiere, ProSiebenSat.1 und Filmrechtehandel sind verkauft
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Leo Kirch stieg als Filmrechtehändler seit den 1960er Jahren zu einem der bedeutendsten Medienunternehmer Deutschlands auf • Er stieg bei Sat.1 und ProSieben ein • Gründete das Bezahlfernsehen DF1 (später Premiere) • 2002 wurden Zahlungsschwierigkeiten bekannt
Staatliche Beteiligung	Nein
Weiteres Staatliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Insgesamt knapp 2 Milliarden Euro Kreditengagement der halbstaatlichen Bayerischen Landesbank • Allein für das Engagement bei der Formel Eins sprang die Landesbank mit einem Milliardenkredit ein
Zitate	<ul style="list-style-type: none"> • Staatskanzleichef Huber zum Formel Eins Kredit: <i>„Wenn ein Unternehmen die weltweiten Rechte an dieser faszinierenden Formel Eins hält, dann ist das etwas, was den Einsatz der Staatsregierung notwendig macht. Dafür würden andere Jubelfeste machen. Das ist ein Big Point der bayerischen Medienpolitik.“</i> (SZ, 25.08.2001) • Schon wesentlich kleinlauter Finanzminister Faltlhauser vor dem Haushaltsausschuss zu den Krediten: <i>„Dafür muss man gerade stehen.“</i>
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Ohne ausreichende Absicherung hat die Staatsregierung via Landesbank Milliardenkredite für unternehmerische Abenteuer zur Verfügung gestellt • Die Landesbankkredite mussten abgeschrieben werden und brachten das operative Ergebnis der Landesbank an den Rand der roten Zahlen • „Gerade gestanden“ ist seitens der Staatsregierung dafür niemand

Grundig AG

Status	<ul style="list-style-type: none"> • Insolvenzantrag am 14. April 2003 • Verkauf einzelner Unternehmensteile • Anstellung eines Teils der Beschäftigten bei der Gesellschaft für Personalentwicklung und Qualifizierung
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Gegründet 1945 • Der Konzern hatte einst bis zu 38.000 Menschen beschäftigt, zuletzt waren es konzernweit noch 2.800, davon 1.300 in Deutschland • 1984 steigt Philips mit 31,6% bei Grundig ein, 1996/97 wieder aus • Ende 2000 stockt der Rosenheimer Antennenhersteller Anton Kathrein seine Anteile auf 74% auf, später bis auf 89% auf • Ein weiterer, finanzstarker Investor kann aber nicht mehr gefunden werden
Staatliche Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • Indirekt über Landesbank und LfA • Zeitweise hatten die Landesbank, die LfA, die Hypobank, die Vereinsbank, die Allianz und die Münchener Rück fast die gesamten Anteile von Philips, der Familie Grundig und der Stiftung des Gründers Max Grundig übernommen
Weiteres Staatliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Nach dem Ausstieg von Philips 1996/97 trommelt Wirtschaftsminister Wiesheu das Banken- und Versicherungskonsortium zusammen • Bürgschaft des Freistaats in Höhe von 45 Millionen Euro
Zitate	<ul style="list-style-type: none"> • September 2002, Wirtschaftsminister Wiesheu: <i>„Es wird keine Insolvenz geben.“</i> • Laut Presseberichten wirft Wirtschaftsminister Wiesheu unmittelbar nach der Pleite <i>„Arbeitnehmervertretern eine Mitverantwortung an der Pleite“</i> vor.
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Das jahrelange Engagement der Staatsregierung konnte letztlich die Pleite nicht verhindern • Angesichts der Insolvenz ist die Staatsregierung mit ihren jahrelangen Rettungsversuchen gescheitert

Neue Maxhütte (NMH) Stahlwerke GmbH (früher Maxhütte)

Status	Konkurs, Produktion eingestellt <ul style="list-style-type: none"> • 1987 Konkurs der Maxhütte • 1990 Start der Nachfolgegesellschaft NMH Stahlwerke GmbH • 1998 Konkursantrag für die Neue Maxhütte • Juli 2002 offizielle Stilllegung der Neuen Maxhütte • Im Anschluss noch Beschäftigungsgesellschaft bis Mitte 2004
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Stahlwerk in Sulzbach-Rosenberg • 1863 Gründung des Standortes Rosenberg der „Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte“ • War das letzte montanmitbestimmte Unternehmen Bayerns mit über 9.000 Beschäftigten in der Blütezeit • Jahrzehntelanger Kampf der Belegschaft um ihre Arbeitsplätze
Staatliche Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • 45% Beteiligung des Freistaates an der Neuen Maxhütte • 1994 verkauft der Freistaat seinen Anteil für 3 DM an Max Aicher
Weiteres Staatliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Akteure zur Zeit der Neuen Maxhütte waren insbesondere MP Stoiber und Wirtschaftsminister Wiesheu bei Verhandlungen und öffentlichen Auftritten • MP Stoiber hatte die Maxhütte sogar zur „<i>Chefsache</i>“ erklärt
Zitate	<ul style="list-style-type: none"> • MP Stoiber am 2. März 2000 auf einer Betriebsversammlung: <i>Er habe Max Aicher zur Aufgabe seiner Blockade einer Fortführung bewegen können</i> • Am 28. Juni 2000 verkünden MP Stoiber und Wirtschaftsminister Wiesheu in einer Betriebsversammlung, dass die Schließung unmittelbar bevorsteht
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Die Staatsregierung hat es nicht geschafft, für den einzigen Stahlstandort in Bayern eine tragfähige Lösung zu finden • Das ist ein Beispiel für eklatantes strukturpolitisches Versagen

Schneider Technologies AG

Status	Insolvenz, Produktion eingestellt. <ul style="list-style-type: none"> • Insolvenz im Januar 2002 • Im Mai 2002 wird der Insolvenzplan von den Gläubigern abgelehnt • Damit „Aus“ für Schneider • Im Januar 2005 schließt das chinesische Unternehmen TCL, das Teile von Schneider übernommen hatte, die Produktion
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Über 100jährige Firmengeschichte • Schneider hatte am Ende große Hoffnungen auf eine neue Lasertechnologie gesetzt. Der Marktstart wurden aber nie erreicht
Staatliche Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • Indirekt über die LfA, die landeseigene „Mittelstandskreditbank“ • Mit 19 % (teilweise sogar bis zu 35%) war die LfA größter Aktionär bei Schneider
Weiteres Staatliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Die LfA war zunächst Kreditgeber, bevor sie 1998/99 Anteilseigner wurde • Sie sammelte in der Folge über zwei Kapitalerhöhungen 71 Mio. Euro für Schneider ein • Massive Personalpolitik durch die LfA, so wurde der letzte Vorstandsvorsitzende durch die LfA ins Unternehmen geholt
Zitate	Der Vorsitzende des Verwaltungsrats der LfA, Wirtschaftsminister Wiesheu am 19.3.2003 auf der Bilanzpressekonferenz der LfA zum Fall Schneider: <i>„Interessiert mich heute nicht mehr.“</i>
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Insolvenz von Schneider trotz des Doppelengagements der LfA (Verwaltungsratsvorsitzender ist Wirtschaftsminister Wiesheu) als Hauptgesellschafter und Gläubiger • Vorwurf von Kleinaktionären, die sich durch den Kauf von Schneider-Aktien verspekuliert hatten: Als die LfA selber noch Geld für Schneider einsammelte, hat sie sich selbst von Schneideraktien getrennt.

EADS (früher MBB, dann DASA)

Status	<ul style="list-style-type: none"> • EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) ist ein europäischer Konzern mit ca. 110.000 Beschäftigten und mehr als 70 Produktionsstandorten in Europa • EADS ging am 10. Juni 2000 aus der Fusion der DASA (DaimlerChrysler Aerospace), der französischen Aerospatiale Matra und der spanischen CASA hervor • DaimlerChrysler hält ca. 30,2% der Anteile an EADS
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) entstand 1968 durch die Übernahme der Bölkow GmbH durch die Messerschmitt AG und Fusion mit der Hamburger Flugzeugbau GmbH im Jahr 1969 • Bayern 23,6% an MBB • 1989 Übernahme von MBB durch die damalige Daimler-Benz-Tochter DASA • Der Bayerische Anteil an der DASA betrug 8,58% • Am 31.12.1993 verkauft der Freistaat seinen Anteil an der DASA an die Daimler-Benz AG für umgerechnet rund 209 Millionen Euro
Staatliche Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • Nicht an EADS • Jedoch früher 23,6% an MBB und dann 8,58% an der DASA
Weiteres Staatliches Engagement	<p>Ein Nebenaspekt der LWS-Affäre: Die staatliche LfA muss im Zug der Privatisierung ihre „gute“ DASA-Beteiligung gegen eine „schlechte“ LWS-Beteiligung eintauschen.</p>
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Die früheren Beteiligungen an MBB und dann DASA sind aufgegangen in einem florierenden Unternehmen • EADS ist nach Boeing das zweitgrößte Luft- und Raumfahrtunternehmen der Welt und macht Boeing mittlerweile erfolgreich mit dem Airbus Konkurrenz • „Draufzahlen“ musste lediglich die LfA durch den Tausch ihrer „guten“ DASA-Anteile gegen „marode“ LWS-Anteile

Fairchild Dornier AeroIndustries GmbH (Neustart von Fairchild Dornier)

Status	<ul style="list-style-type: none"> • Insolvenzantrag im Juni 2004 • Unter dem Namen Fairchild Dornier AeroIndustries hatte die chinesische D'Long Gruppe nach der Zerschlagung von Fairchild Dornier das 728-Regionaljet-Programm weitergeführt • Fairchild Dornier hatte im April 2002 Insolvenzantrag gestellt, nachdem sich die Schulden auf über 3,3 Milliarden Euro angehäuften hatten
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Im Jahr 1998 hatten Allianz Capital Partners (ACP) und die US-Investmentfirma Clayton, Dubilier & Rice Fairchild Dornier übernommen • Die Mehrheit lag bei den Amerikanern, ACP hielt 25% • Beide Unternehmen investierten gemeinsam 400 Millionen Dollar in Fairchild Dornier • Beide Investoren ließen jedoch zwei Jahre später eine weitere Finanzierungsrunde platzen • Aus der Insolvenzmasse kaufte der chinesische Mischkonzern D'Long das 728-Programm, einen 70-sitzigen Regionaljet • In die Entwicklung wurde mehr als eine Milliarde Dollar gesteckt • Im Jahr 2004 geriet D'Long selbst in finanzielle Schwierigkeiten
Staatliche Beteiligung	Nein
Weiteres Staatliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Bei der Transaktion mit ACP und Clayton, Dubilier & Rice war Finanzminister Faltlhauser Verhandlungsführer • Wirtschaftsminister Wiesheu und Finanzminister Faltlhauser sehen in dem Insolvenzantrag von Fairchild Dornier im April 2002 die Chancen für einen Neubeginn • Im April 2002 sagen HypoVereinsbank, die Bayerische Landesbank und die KfW einen Überbrückungskredit zur Sicherung der Liquidität in einem Gespräch mit dem Insolvenzverwalter und Finanzminister Faltlhauser zu
Zitate	<ul style="list-style-type: none"> • Aus einer Pressemitteilung des bayerischen Wirtschaftsministeriums 29. April 1999: Als „<i>positives Signal für den Luft- und Raumfahrtstandort Bayern</i>“ hat Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu die heutige Entscheidung der Lufthansa gewertet, 60 Flugzeuge des...728 Jets zu bestellen und für 60 weitere Optionen zu zeichnen: „<i>Zugleich ist das ein Beleg für die Attraktivität Bayerns als Luft- und Raumfahrtstandort.</i>“ • Im April 2002 ist Wirtschaftsminister Wiesheu zuversichtlich gegenüber dpa: „<i>Ich glaube, wir haben vom Produkt, vom Markt und von den Finanzierungskonditionen her gute Voraussetzungen.</i>“ • Laut Zeitungsberichten am 13.05.2002 glaubt Wirtschaftsminis-

	<i>ter Wiesheu eine Zerschlagung noch abwenden zu können.</i>
Bewertung	<ul style="list-style-type: none">• Trotz voller Auftragsbücher ist es nicht gelungen, das 728-Regionalflugzeugprojekt zu realisieren und damit die Zukunft von Fairchild Dornier zu sichern• Das mehrfache Engagement der Staatsregierung zur Rettung des Unternehmens ist gescheitert

II. Weitere staatliche Unternehmungen

Bayerisches Zentrum für Ost-West-Managementtraining gemeinnützige GmbH (OWZ)

Status	<ul style="list-style-type: none"> • Insolvenz des OWZ nach einer Anzeige der Regierung von Oberbayern Anfang 2002 aufgrund anonymer Hinweise, wodurch die Überschuldung des Zentrums ans Licht kam • Förderung durch das bayerische Wirtschaftsministerium und die Staatskanzlei von 1990 bis 2002 in Höhe von 19,7 Millionen Euro • 2,4 Millionen Euro zurückgeforderte Zuschüsse sind uneinbringlich
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Gegründet 1989 von den Bayerischen Handwerks- und Handelskammern sowie dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft mit Zustimmung des bayerischen Wirtschaftsministeriums • Ziele und Aufgaben: Bündelung und Koordination bayerischer Fortbildungsaktivitäten für Führungskräfte Mittel- und Osteuropas sowie Konzeption, Projektierung und Abwicklung der Fortbildungsmaßnahmen • Faktisch wurden die Projekte des OWZ mit 100% bezuschusst • In seinem Jahresbericht 2003 listet der Bayerische Oberste Rechnungshof eine Reihe von Mängeln bzw. Manipulationen bei der Mittelverwendung durch das OWZ auf
Staatliche Beteiligung	Nein
Weiteres Staatliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Von insgesamt 7 Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden zwei vom bayerischen Wirtschaftsministerium entsandt ▪ Vorsitzender des Aufsichtsrats war der zuständige Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium
Bewertung	<p>Die bayerische Staatsregierung war von Anfang an dabei und hat de facto 20 Millionen Euro in den Sand gesetzt.</p> <p>Der bayerische Oberste Rechnungshof führt sinngemäß aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Kontrolle des Geschäftsführers war unzureichend ▪ Im Aufsichtsrat wurde der Mittelbereitstellung mehr Aufmerksamkeit geschenkt als der Mittelverwendung und der Kontrolle ▪ Allein durch Nachfragen hätten Manipulationen des Geschäftsführers frühzeitig erkannt werden können

Initiative BayernOnline

Status	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept eines integrierten Bayernnetzes ist endgültig aufgegeben worden • Wesentliche Ziele der Initiative wurden nicht erreicht, wie die Integration der verschiedenen Netze und die Vereinigung der Sprach- und Datenkommunikation • Nach dem Ausscheiden des Bürgernetzes wurde im Februar 2000 auch die Einbindung des Hochschulnetzes beendet • Das Behördennetz besteht als eigenständige Netzinfrastruktur weiter • Insgesamt flossen aus dem Staatshaushalt und aus Privatisierungserlösen rund 180 Millionen Euro
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • 1995 verabschiedete der bayerische Ministerrat das Konzept BayernOnline I für den Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes und für 14 Pilotprojekte • 1997 Erweiterung um 21 Pilotprojekte (BayernOnline II) sowie nochmals um 18 Pilotprojekte • Es sollte ein Hochgeschwindigkeitsnetz (Bayernnetz) aufgebaut und der Einsatz moderner IuK-Technologie beschleunigt werden
Staatliche Beteiligung	<p>BayernOnline war eine Initiative der bayerischen Staatsregierung</p>
Bewertung	<p>Zusammengefasst: Gemessen an den eigenen Zielen der bayerischen Staatsregierung, wurden die eingesetzten 180 Millionen Euro im Wesentlichen zum Fenster rausgeschmissen.</p> <p>Laut Bayerischem Obersten Rechnungshof</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wurden die verfolgten Ziele, die einzelnen Netzbestandteile zusammenzuführen und die Leitungen gemeinsam für die Sprach- und Datenkommunikation zu nutzen, nicht erreicht ▪ Ist im März 1996 der Markt potentieller Anbieter nicht ernsthaft erkundet worden ▪ Wurde in erheblichem Umfang gegen Vergabe und Haushaltsrecht verstoßen ▪ Entstanden unnötige Ausgaben allein durch unwirtschaftliches Handeln in Höhe von 8,5 Millionen Euro

Operationelles Programm zur Förderung der Telematik im ländlichen Raum Bayerns („top elf“)

Status	<ul style="list-style-type: none"> • Projektlaufzeit von 1997 bis 2001 mit mangelhafter Zielerreichung • Von Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten wurden umgerechnet rund 19 Millionen Euro genehmigt, dazu kamen Bundesmittel in Höhe von rund 5 Millionen Euro • Statt der geplanten 40 bestehen nur 19 Telezentren • Statt 600 Arbeitsplätzen entstanden bis zum 1.6.2001 nur 162 • Statt der beabsichtigten Qualifizierung von 1.680 Arbeitslosen wurden nur Maßnahmen mit 436 Personen durchgeführt
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • „top elf“ ist ein Projekt im Rahmen des von der bayerischen Staatsregierung 1997 verabschiedeten Konzepts BayernOnline II • Ziel: Verhinderung der „digitalen Spaltung der Gesellschaft“ • Mittels: Förderung der Telekommunikation und Informatik (Telematik) im ländlichen Raum
Staatliche Beteiligung	<p>„top elf“ war ein von der bayerischen Staatsregierung definiertes Projekt im Rahmen ihrer Initiative BayernOnline II</p>
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Gut gemeint, ist das Gegenteil von gut gemacht • Auch hier wurden wieder Millionen verschleudert <p>Laut Bayerischem Obersten Rechnungshof</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gibt es gravierende Mängel bei Projektplanung, sachgerechter Umsetzung und der Zielerreichung • Sind die erreichten Ergebnisse zu teuer erkaufte worden